



Brennende Synagoge in Baden-Baden, am 10. November 1938: „Sie schlagen alles kurz und klein, sie schlagen die Menschen“

„Schrei, was du kannst“

Der Weg in den Holocaust (I): Die „Reichskristallnacht“ 1938 / Von Wolfgang Benz

Gegen Mitternacht kam der Düsseldorfer Rabbiner Dr. Max Eschelbacher von einem Besuch bei Freunden zurück. Kaum war er zu Hause, läutete das Telephon. Eine Stimme, die vor Entsetzen bebte, schrie: „Herr Doktor, sie zertrümmern das Gemeindehaus und schlagen alles kurz und klein, sie schlagen die Menschen, wir hören ihr Schreien bis hierher.“

Fast im gleichen Augenblick läutete es heftig an der Haustür. Eschelbacher löschte die Lichter aus und sah hinaus. Der Platz vor dem Haus wimmelte von SA-Leuten. „Im Augenblick“, berichtete der Rabbiner später, „waren sie oben und hatten die Flurtüre eingedrückt. Sie drangen in die Wohnung unter dem Chorus: ‚Rache für Paris! Nieder mit den Juden!‘

„Sie zogen aus Beuteln Holzhämmer heraus, und im nächsten Augenblick krachten die zerschlagenen Möbel und klirrten die Scheiben der Schränke und der Fenster. Auf mich drangen die Kerle

mit geballten Fäusten ein, einer packte mich und schrie mich an, ich solle herunterkommen. Ich war überzeugt, daß ich totgeschlagen werde.

„Wie ich die Treppe hinunter gekommen bin, weiß ich selber nicht. Unten war die Straße voll von SA-Leuten. Ich wurde mit dem Rufe empfangen: ‚Jetzt predige mal!‘ Um die Ecke, in der Stromstraße, sah ich die Straße bedeckt mit Büchern, die aus meinem Fenster geworfen worden waren, mit Papieren, Akten, Briefen. Zertrümmert lag auf der Straße meine Schreibmaschine.

„Während sich das alles abspielte, waren die SA-Leute bei Wertheimers in der Etage unter uns eingedrungen, hatten Herrn Wertheimer und seine Frau aus dem Bett geholt und heruntergebracht.

„Ich selber wurde von einem SA-Mann gepackt und im großen Bogen über die Straße an das Haus geschleudert. Ein Nachbar, der Augenzeuge war, sagte mir nachher, das sei mehrmals geschehen. Dann kam der Kreisleiter und sagte: ‚Ich nehme Sie in Schutzhaft.‘

„Nun begann der Marsch zum Polizeipräsidium. Ein Trupp SA-Leute zog vor uns. Dann kam ich, eskortiert von zweien. Dann wieder ein Trupp SA-Leute, sodann Herr Wertheimer, in gleicher Weise geleitet, dann, durch einen weiteren Trupp SA-Leute von uns getrennt, Frau Wertheimer im Pyjama und dann zum Schluß wieder eine Gruppe SA-Leute. Auf dem ganzen Weg sangen sie im Sprechchor: ‚Rache für Paris! Nieder mit den Juden!‘“

Zwölf Tage blieb der Rabbiner in Haft. Erst nach der Entlassung erfuhr er, was sich im einzelnen in der Stadt abgespielt hatte: „Es hatte viele Tote gegeben. Es war ein Pogrom gewesen.“

Paul Marcus, der Inhaber des völlig zerstörten Café Karema, wurde erschossen und am frühen Morgen am Martin-Luther-Platz tot aufgefunden. In Hilden waren Frau Isidor Willner und ihr Sohn Ernst erstochen worden, ferner Carl Herz und Nathan Mayer. Der 68jährige Dr. Sommer, „der in Mischehe lebte und sich nie um Jüdisches bekümmert

„Kristallnacht“

nennt die Umgangssprache, was am 9. und 10. November 1938 in Deutschland geschah: ein Judenpogrom, wie er seit der Aufklärung undenkbar schien und wie es ihn seit Jahrhunderten nicht mehr gegeben hatte.

An diesen Tagen vor 50 Jahren schlug die seit 1933 von den Nazis systematisch betriebene Entrechtung der Juden signalhaft um in physische Gewalt. Brandschatzung, Verwüstung, Totschlag waren die Vorboten des Holocaust. Der Pogrom markierte, so der Historiker Wolfgang Benz, 47, den „Scheitelpunkt des Wegs zur ‚Endlösung‘“.

Benz ist Herausgeber einer umfangreichen Arbeit über „Die Juden in Deutschland 1933-1945“, die demnächst beim Verlag C. H. Beck erscheint. Der SPIEGEL veröffentlicht vorab in einer Serie Auszüge aus den Schlußkapiteln.

Zusammen mit fünf anderen Forschern hat Benz im Auftrag des Münchner Instituts für Zeitgeschichte das jüdische Leben in jenen zwölf Jahren porträtiert. Mittelpunkt der Darstellung, die sich auf eine beispiellose Sammlung jüdischer Berichte stützt, ist „der jüdische Alltag, so kompliziert und unnormale er damals war, „bis hin zum Überleben im Untergrund“.

In der Illegalität überlebten 1400 Juden in Deutschland die NS-Verfolgung – das letzte Häuflein einer einst blühenden Minorität von 500 000 Menschen (1933). Die allerletzten fanden Zuflucht bei den Toten: auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee in Berlin, versteckt in einem Mausoleum.



Zerstörte Synagoge in Eberswalde, festgenommene Juden in Baden-Baden: „Wir hören ihr Schreien bis hierher“

hatte“, vergiftete sich mit seiner Frau und ihrem Mädchen, nachdem sein Haus geplündert und er selber schwer mißhandelt worden war.

Eschelbacher: „Mein erster Weg führte mich zur Synagoge. Ein hoher Bretterzaun umgab sie, die Scheiben waren geborsten, die Kuppel ausgebrannt, die Sparren ragten zum Himmel empor. In der Pogromnacht waren die Thorarollen aus dem Aron Hakkodesch (Thoraschrein) geholt und im Hof angezündet worden, wobei die Mordbrenner um sie herumtanzten, zum Teil in den Ornaten der Rabbiner und Chasanim (Vorbeter). Dann wurde alles Holz, insbesondere der Dachstuhl und die Bänke, mit Benzin und Teer bestrichen und angezündet.“

Was dem Rabbiner Eschelbacher und seinen Gemeindemitgliedern widerfuhr, mußten an diesem Novemberabend des Jahres 1938 die Juden in ganz Deutschland über sich ergehen lassen. Was in Düsseldorf geschah, ereignete sich – ähnlich oder schlimmer – überall im Dritten Reich. Die Ereignisse am und um den 9. November 1938 markierten einen Wendepunkt – nicht nur in der Geschichte des nationalsozialistischen Deutschland.

Der November-Pogrom, als „Reichskristallnacht“ im Umgangston verniedlicht, bedeutete den Rückfall in die Barbarei. In einer Nacht wurden die Errungenschaften der Aufklärung, der Emanzipation, der Gedanke des Rechtsstaats und die Idee von der Freiheit des Individuums zuschanden. Seit dem 15. Jahrhundert hatte es in Mitteleuropa solche Judenverfolgung nicht mehr gegeben.

Aber nicht nur dies, denn die mittelalterlichen Pogrome fanden statt als unkontrollierte Aggressionen zusammengekaufter Volkshaufen, in denen sich soziale und wirtschaftliche Spannungen auf dem Hintergrund religiös motivierter Judenfeindschaft entluden. Regelrecht programmiert und in Szene gesetzt von staatlichen Instanzen war vor dem 9. November 1938 kein einziger solcher antisemitischer Aufruhr gewesen.

Im November 1938 wurde den Juden in Deutschland, und zugleich der Weltöffentlichkeit, auf die man bislang noch Rücksicht genommen hatte, klargemacht, daß für sie die bürgerlichen Rechte und Gesetze nicht mehr galten. Mit keinem anderen Ereignis hatte das NS-Regime so eindeutig und kaltblütig demonstriert, daß es auch auf den Schein rechtsstaatlicher Tradition nun keinen Wert mehr legte.

Antisemitismus und Judenfeindschaft, wie sie seit der Machtübernahme 1933 in diskriminierenden Gesetzen, im Boykott, in der Verdrängung aus der Wirtschaft demonstriert worden waren, schlugen nun um in die primitiven Formen physischer Verfolgung. Die „Reichskristallnacht“ bildete den Scheitelpunkt des Wegs zur „Endlösung“. Die physische Vernichtung der Juden-

Entrechtung und Verfolgung

NS-Judenpolitik per Gesetz und Verordnung 1933 bis 1938

1933

1. April. Die NSDAP organisiert in ganz Deutschland Boykott-Aktionen gegen jüdische Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte.

7. April. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ schickt „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind“, in Zwangspension; ausgenommen sind zunächst „Frontkämpfer“ und Hinterbliebene von Gefallenen des Ersten Weltkriegs.

22. April. Eine Verordnung des Reichsarbeitsministers entzieht den jüdischen Ärzten die Kassenzulassung.

25. April. Der „Reichssportkommissar“ verfügt die Einführung des „Arier-Paragraphen“ bei allen Sportvereinen: Mitglied kann nur sein, wer seine „arische Abstammung“ nachweisen kann.

22. September. Ein Gesetz installiert die „Reichskulturkammer“. Sie bereitet unter ihrem Präsidenten Goebbels Berufsverbote für jüdische Künstler und Journalisten vor.

1934

28. Februar. Ein Erlaß des Reichswehrministers führt den „Arier-Paragraphen“ in der Wehrmacht ein.

5. März. Berufsverbot für jüdische Schauspieler auf deutschen Bühnen.

22. Juli. Die neue Ausbildungsordnung für Juristen läßt jüdische Studenten nicht mehr zur Prüfung zu.

1935

5. Februar. Jüdische Medizinstudenten werden nicht mehr zur Prüfung zugelassen.

März. Berufsverbot für alle jüdischen Schriftsteller.

15. September. Auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg werden das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verkündet. Die „Nürnberger Gesetze“ nehmen den deutschen Juden alle staatsbürgerlichen Rechte. Eheschließungen „zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“ sind verboten, ebenso außereheliche Beziehungen zwischen „Ariern“ und Juden („Rassenschande“).

14. November. Die erste Verordnung zum „Reichsbürgergesetz“ verfügt, daß alle Juden ohne Ausnahme aus dem Staatsdienst zu entlassen sind.

1936

29. Januar. Hitler-Stellvertreter Heß verbietet im Olympia-Jahr mit Rücksicht auf die Besucher aus dem Ausland Schilder mit extremen antisemitischen Aufschriften.

15. April. Die „Reichspressekammer“ führt den „Arier-Paragraphen“ ein.

1937

15. April. Promotionsverbot für Juden an allen deutschen Universitäten.

12. Juni. Ein Geheimerlaß des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich ordnet an, daß „jüdische Rassenschänder“ nach der Verbüßung der Strafe in ein Konzentrationslager einzuweisen seien.

1938

26. April. Eine „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden“ über 5000 Reichsmark leitet die systematische „Arisierung jüdischer Wirtschaftsbetriebe“ ein.

6. Juli. Ein „Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung“ untersagt Juden, Auskunfteien zu betreiben, ebenso Maklergeschäfte, Heiratsvermittlungen, Hausverwaltungen.

23. Juli. Das Reichsinnenministerium kündigt die Einführung der „Kennkarte für Juden“ an.

25. Juli. Generelles Berufsverbot für alle jüdischen Ärzte.

17. August. Nach einer Verordnung des Reichsinnenministers haben alle Juden den zusätzlichen Vornamen „Sara“ beziehungsweise „Israel“ anzunehmen.

27. September. Generelles Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte.

5. Oktober. Auf Anordnung des Reichsinnenministers sind Reisepässe von Juden mit einem großen „J“ zu stempeln.

9./10. November. Die NS-Führung inszeniert einen Judenpogrom („Reichskristallnacht“).

12. November. Die „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben“ bestimmt, daß Juden alle Schäden des Pogroms selbst zu bezahlen haben. Die „Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“ legt eine „Kontribution“ von einer Milliarde Reichsmark fest. Die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ verfügt die Schließung aller jüdischen Geschäfte und Handwerksbetriebe.

heit war als Ende dieses Wegs, als Ziel der nationalsozialistischen Herrschaft, sichtbar geworden.

★

Wie häufig in der Geschichte des Dritten Reiches bildete ein marginaler Anlaß, ein ganz peripheres Ereignis, den Anfang der verhängnisvollen Entwicklung. Im März 1938, nach dem „Anschluß“ Österreichs, hatte die polnische Regierung die Gültigkeit der Pässe aller Auslandspolen in Frage gestellt, die mehr als fünf Jahre ohne Unterbrechung im Ausland gelebt hatten. In Warschau fürchtete man die Rückkehr der rund 20 000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die seit langem in Österreich ansässig waren, aber jetzt möglicherweise nicht unter nationalsozialistische Regime kommen wollten.

Aber erst im Herbst, unmittelbar nach dem „Münchener Abkommen“, erging am 15. Oktober eine polnische Verordnung, die die Überprüfung der Pässe der Auslandspolen vorsah. Alle konsularischen Pässe, das heißt, alle im Ausland ausgestellten Dokumente, sollten vom 31. Oktober 1938 an nur noch mit einem besonderen Prüfvermerk polnischer Konsulate zur Einreise nach Polen berechtigen.

Das betraf auch die rund 50 000 polnischen Juden, die, viele von ihnen seit Jahrzehnten, im Deutschen Reich lebten. Die Mehrzahl von ihnen sollte nach den Intentionen der Regierung in Warschau Ende Oktober, exakt am 30. des Monats, staatenlos werden. Danach hätte auch die deutsche Reichsregierung keine Möglichkeit mehr gehabt, die lästigen Ostjuden über die Ostgrenze abzuschieben, da Polen sie dann nicht mehr als Bürger anerkannte.

Nachdem Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau fehlgeschlagen waren – die Polen hatten zweimal abgelehnt, vom 31. Oktober an Besitzer polnischer Pässe ohne den Prüfungsvermerk ins Land zu lassen –, übergab das Auswärtige Amt am 26. Oktober die Angelegenheit der Gestapo: Alle polnischen Juden sollten binnen vier Tagen abgeschoben werden.

Die Gestapo machte sich unverzüglich mit aller Brutalität ans Werk. Der damals 29jährige Julius Rosenzweig, der als Kaufmann in Chemnitz gelebt hatte, berichtete in einem Brief aus Warschau seiner noch in Deutschland wohnenden jüngeren Schwester über die Deportation:

„Wir wurden in Polizeiautos verladen, und in schneller Fahrt ging es zum Bahn-

hof. Ein Sonderzug stand schon bereit. Abends gegen zehn, elf Uhr waren wir in Beuthen, wo auf dem anderen Gleis bereits Züge aus Leipzig und Dresden voll mit Juden standen. Gegen zwölf Uhr nachts fuhren wir weiter, und nach zehn Minuten waren wir in einer kleinen Station gelandet. Dann ging es durch das kleine Bahnhofsgebäude auf die finstere Straße hinaus.

„Links und rechts SS-Spalier, wir in Viererreihen, die SS trieb uns an, schneller zu gehen, ohne Rücksicht auf Frauen und alte Leute, ohne Rücksicht auf die, die Koffer in den Händen trugen. SS beleidigte dauernd und drohte mit Schießen, schimpfte unverschämt, ihr Judenpack, ihr Lumpengesindel, und der Weg schien nicht aufzuhören.



Pogrom in der Frankfurter Judengasse 1614*: Aggressive Volkshaufen

Grauenhaft anzusehen war es, wie ein Geisterzug mitten in der Nacht, wie der leibhaftige Auszug der Kinder Israel aus Ägypten.

„Wie wir so dahinmarschierten, hörten wir vor uns Weinen und Schreien, immer näher kam es. Ich konnte es mir nicht erklären. Wer weiß, was da vorn geschah? Vielleicht wollte man uns erschießen? Ein großes Gedränge, ein Weinen, Schreien, Drohen seitens der SS, Stoßen, Schlagen. Es war da ein Bach, und die SS stieß jeden in den Bach hinein, alle stürzten über alle, und die SS half noch mit Gummiknüppeln, Ochsenziemern, Revolverkolben und drohte mit Erschießen, wenn ja einer umkehren wollte. Der Bach bildete die Grenze Deutschland-Polen.

* Zeitgenössischer Kupferstich.

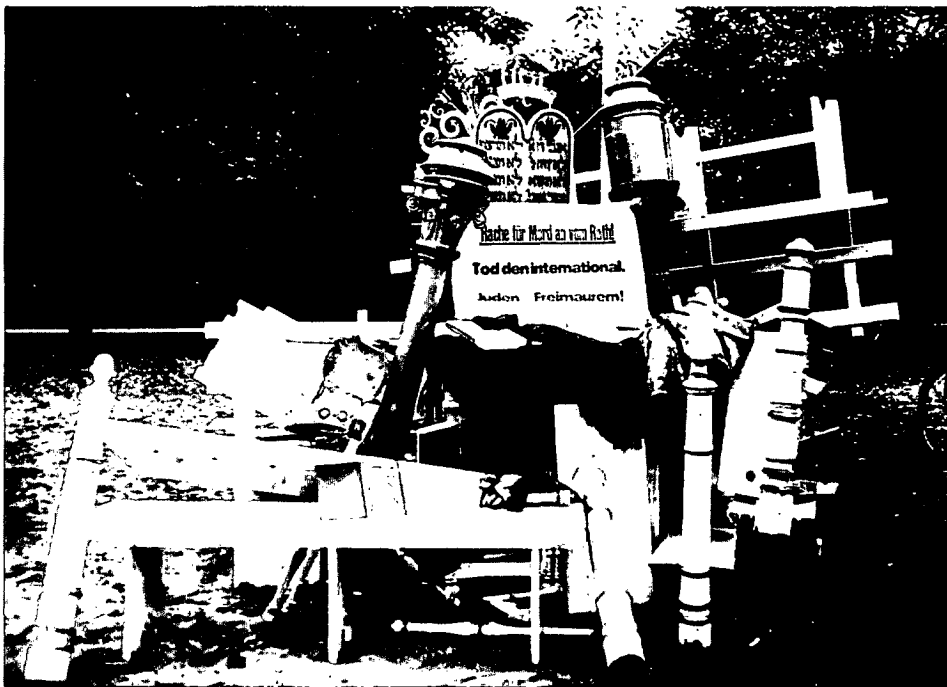
„Nach einer Weile kamen wir zu einem polnischen Grenzposten, der uns aber nicht weiterlassen wollte. Er fing an, uns mit seinem Hund zurückzujagen. Wieder großes Schreien und Weinen und Durcheinanderrennen. Vor dem Zurück nach Deutschland hatten natürlich alle Angst, denn dort drohte uns Erschossenwerden.“

Den kläglichen Transport, in dem sich Julius Rosenzweig befand, hatten die Polen immerhin noch ins Land gelassen. Doch nach der ersten Überraschung ergriffen sie zweierlei Gegenmaßnahmen: Einerseits ergriff man Repressalien gegen in Polen lebende Bürger des Deutschen Reiches, worauf die Deportationen aus Deutschland am 29. Oktober eingestellt wurden, und andererseits

wurde die polnische Grenze geschlossen. Für einen Großteil der etwa 17 000 abgeschobenen Ostjuden bedeutete dies, daß sie im Niemandsland zwischen Polen und Deutschland umherirrten.

Unter den Deportierten befand sich die Familie Grünspan (Grynszpan) aus Hannover. Die Eltern waren 1911 aus Russisch-Polen nach Hannover gekommen, der Vater war Schneider und hatte sich in der Zeit der Depression 1929 bis 1934 als Trödler betätigt. Die Grünspans hatten, außer den beiden Töchtern, die mit abgeschoben wurden, einen Sohn Herschel, damals 17 Jahre alt, der in Paris lebte.

Herschel ging nach wenig erfolgreichem Besuch der Volksschule keiner Tätigkeit nach, war Verwandten zur Last gefallen, und er war heimatlos, denn sein polnischer Paß war seit Februar



Herausgebrochenes Synagogen-Mobiliar*: Rückfall in die Barbarei

1938 ungültig, das Wiedereinreisevisum für Deutschland seit Oktober 1937 abgelaufen. Aus Frankreich war er zum 15. August ausgewiesen worden, er hielt sich also illegal in Paris auf.

Grünspan erhielt am 3. November 1938 eine Postkarte seiner Schwester aus Zbaszyn (Bentschen), dem deutsch-polnischen Grenzzort, in der sie über die Abschiebungsaktion berichtete. Herschel kaufte daraufhin am 7. November eine Pistole und Munition und begab sich zur deutschen Botschaft, wurde dort, als er den Botschafter zu sprechen verlangte, an einen der jüngeren Herren der Mission verwiesen und kam so ins Zimmer des Legationssekretärs Ernst vom Rath, auf den er fünfmal schoß, ehe er sich ohne Gegenwehr festnehmen und der französischen Polizei übergeben ließ.

Weder Opfer noch Täter waren zur Märtyrerrolle prädestiniert: Ernst vom Rath war zwar NSDAP-Mitglied, aber streng genommen kein Nazi und gewiß kein Exponent des Systems und seiner jüdenfeindlichen Politik. Und Herschel Grünspan hatte, nicht ahnend, was seine Tat auslöste, die Lunte ins Pulverfaß geworfen.

★

Mit Hilfe der nationalsozialistischen Propagandamaschinerie ließ sich die unüberlegte Tat des jugendlichen Desperados mühelos zum Anschlag des „internationalen Judentums“ auf das Deutsche Reich umbiegen. In einem Leitartikel, der die Nachricht über das Attentat auf Ernst vom Rath flankierte, waren am 8. November 1938 im „Völkischen-Beobachter“, dem Zentralorgan der

NSDAP, Drohungen zu lesen, die unmißverständlich deutlich machten, daß jetzt eine neue Ära nationalsozialistischer Judenpolitik beginnen würde:

„Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungstätten bevölkern und als ‚ausländische‘ Haus-



Attentäter Grünspan
Fünf Schüsse auf den Sekretär

besitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegnossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen.“

Daß sich der „Völkische Beobachter“ als Flaggschiff der nationalsozialistischen Presse solchermaßen vernehmen ließ, war Ergebnis sorgsamer Regie – das Drehbuch der Inszenierung des Volkszorns vom November 1938 blieb erhalten. Lenkung, Ausrichtung und Gleichschaltung der deutschen Presse erfolgten täglich in der „Pressekonferenz des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“, hier wurden die publizistischen Instrumente eingestimmt und der Ton angegeben.

Am 7. November wurde allen Redaktionen durch Rundruf des offiziellen Deutschen Nachrichtendienstes (DNB) folgende Anweisung über Form und Inhalt der Berichterstattung über das Ereignis in Paris zuteil:

Alle deutschen Zeitungen müssen in größter Form über das Attentat auf den Legationssekretär an der deutschen Botschaft in Paris berichten. Die Nachricht muß die erste Seite voll beherrschen. Nachrichten über den ernsten Zustand des Herrn vom Rath werden durch das DNB ausgegeben werden. Er schwebt in größter Lebensgefahr.

In eigenen Kommentaren ist darauf hinzuweisen, daß das Attentat des Juden die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muß, und zwar auch für die ausländischen Juden in Deutschland. In Ausdrücken, die der Empörung des deutschen Volkes entsprechen, kann festgestellt werden, daß die jüdische Emigrantenclique ... verantwortlich für dieses Verbrechen sei.

Die durch den amtlichen Mechanismus der Presselenkung erzeugte Stimmung entlud sich vereinzelt schon am 7. und 8. November in Ausschreitungen gegen Juden und jüdische Institutionen. Waren das noch Aktionen lokalen Charakters, zum Beispiel in Hessen, so änderte sich das Bild im Laufe des 9. Novembers; jetzt tauchten hier und da ortsfremde Aktionisten auf, die zu Ausschreitungen gegen die Juden provozierten. Es war erst das Vorspiel zur Inszenierung des allgemeinen Pogroms, die der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda am Abend des 9. November 1938 persönlich vornahm.

Der 9. November war für die NSDAP ein sensibles Datum, alljährlich wurde in München in der parteieigenen Mythologie des Marsches auf die Feldherrnhalle – des mißglückten Hitler-Putsches von 1923 – gedacht. Kernpunkt der Feier war immer der Kameradschaftsabend, bei dem sich die „alten Kämpfer“ um Hitler scharten. Keine günstigere Gelegenheit konnte es geben, um die Spitzen

* Von den Nazis am 10. November 1938 in Zeven bei Bremervörde zur Schau gestellt.



Juden in Nürnberg, vor der Abschiebung nach Polen am 28. Oktober 1938: „Wie der Auszug der Kinder Israels aus Ägypten“

der Partei auf ebenso informelle wie zwingende Weise zur Aktion zu treiben.

Gegen 21 Uhr brachte ein Bote Hitler die Nachricht, daß Ernst vom Rath seinen Verletzungen erlegen war. Nach längerem Dialog mit Goebbels, der neben seinem Führer im Alten Rathausaal zu München saß, verließ Hitler die Versammlung, und Goebbels machte sich ans Werk.

Gegen 22 Uhr verkündete er den Tod des Diplomaten und hielt eine gehässige antisemitische Rede, die im Appell nach Vergeltung und Rache gipfelte. Die anwesenden Führer von NSDAP und SA erhielten den Eindruck, sie seien jetzt zu Aktionen aufgerufen und müßten sie organisieren.

Das war genau so beabsichtigt, ohne daß es ausdrücklich befohlen wurde; und ins taktische Kalkül gehörte auch, daß Hitler sich entfernte, ehe Goebbels die primitiven antisemitischen Triebe und Leidenschaften derart stimulierte, daß die Parteiführer glaubten, ihnen sei die Entfesselung des Judenhasses befohlen worden. Hitler war immerhin auch Staatsoberhaupt und mußte sich den Rückzug offen halten, sowohl dem Ausland gegenüber als auch möglichen Kritiken innerhalb der Partei.

Durch die Pressekampagne war der Boden bereitet. Die Goebbels-Rede war das Signal zum Losschlagen und zugleich Handlungsanweisung. Das Oberste Parteigericht der NSDAP, das die Ereignisse des 9. und 10. November später untersuchte, legte im Februar 1939 ei-

nen Bericht vor, in dem Goebbels' Rolle und Wirkung fixiert sind. Er hatte mit Wissen und Billigung Hitlers die Lunte angezündet:

Am Abend des 9. November 1938 teilte der Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels den zu einem Kameradschaftsabend im Alten Rathaus zu München versammelten Parteiführern mit, daß es in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt zu jüdenfeindlichen Kundgebungen gekommen sei; dabei seien jüdische Geschäfte zertrümmert und Synagogen in Brand gesteckt worden. Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entzündeten, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten...

Die mündlich gegebenen Weisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, daß die Partei nach außen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung trete, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte. Sie wurden in diesem Sinne sofort – also geraume Zeit vor Durchgabe des ersten Fernschreibens – von einem großen Teil der anwesenden Parteigenossen fernmündlich an die Dienststellen ihrer Gause weitergegeben.

Die Übermittlung zu den Gaupropagandaämtern und von diesen weiter zu den Kreisleitern und Ortsgruppenleitern der NSDAP beziehungsweise zu den SA-Stäben im ganzen Deutschen Reich funktionierte schnell und reibungslos. Überall sprangen sie aus den Betten, um der Aufforderung zum Pogrom Folge zu

leisten. Von Mitternacht bis zum Morgen währte der Schrecken, wie er in Mitteleuropa seit Jahrhunderten nicht mehr gewesen war, auch seit dem Zeitalter der Aufklärung als Rückfall zur Barbarei nicht mehr denkbar schien.

★

Der Pogrom war eine befohlene Sache, aber das Engagement, mit dem der Befehl allenthalben ausgeführt wurde, machte erst die Dimension des Ergebnisses aus.

Goebbels hatte an die niederen Instinkte appelliert und eine Flutwelle von Aggressionen und Vandalismus, Zerstörungsrach und Mordlust entfesselt, die biedere Bürger und harmlose kleine Leute in Bestien verwandelte. In Köln beobachteten zwei Kinder die Zerstörung eines kleinen jüdischen Altwarenladens; später erinnerten sie sich:

„SA-Männer hatten sich im Halbkreis vor das Geschäft der Eltern meiner Schulfreundin postiert und warfen abwechselnd unter Gebrüll ‚Juden raus‘ eine dicke Eisenkugel in den Laden, dessen Schaufenster sie zertrümmerte und dessen Auslagen sie zerstörte. Nun blieben auch wir Kinder wie erstarrt stehen und blickten hinüber zu den Eltern meiner Schulfreundin, die wortlos zusahen, wie man ihren Besitz vernichtete. Ich verstand nicht, warum diese Menschen sich so gar nicht gegen diese Zerstörungswut wehrten, und unbegreiflich war mir auch, daß da so viele Menschen

Dior heute,
morgen, allezeit!

Christian
Dior

Land: JLC · Postfach 1828 · 7530 Pforzheim · Telefon 07231-40597
ich: L. Maller · Tel. 07582/2854 Schweiz: Darcal · Tel. (21) 277237

Die einfachste Art, Ihre Bewegungsfreiheit
wiederzugewinnen.

schnurlose Telefon von stabo

Keine Schnur hindert Sie mehr daran,
bis 300 Meter im Umkreis des
Basisapparats frei zu telefonieren.

In diesem Bereich können Sie
das Telefon überallhin mitnehmen,
sind ständig erreichbar und
können selbst jede Telefon-
Nummer anwählen.

Information anfordern!

stabo®

Hans Kolbe & Co. · Stabo Funktechnik
Postfach 100750 · 3200 Hildesheim
Tel. (05121) 7620-0 · Fax 512979
Telex 927261 stabo d



Judenverfolger Goebbels
Zeichen zum Losschlagen

herumstanden und nicht die geringsten
Anstalten machten, hier einzugreifen.“

In Esslingen war das jüdische Waisen-
haus Ziel der nationalsozialistischen
Empörung: „Am 10. November 1938
zwischen 12 und 1 Uhr erschienen im
Speisesaal des Waisenhauses mit Äxten
und schweren Hämmern bewaffnete Zi-
vilisten und SA-Leute und zwangen uns
unter den Rufen ‚Raus mit euch‘, das
Haus zu verlassen und uns hinter dem
Gebäude am Komposthaufen zu ver-
sammeln. Aus den Zimmern der Lehrer
warf man Bücher, aus dem Betsaal Ge-
betbücher, Thorarollen und Gedenkta-
feln auf einen brennenden Scheiterhau-
fen. Den weinenden Kindern drohte ei-
ner dieser Rohlinge, man werde auch sie
dort verbrennen.“

Das Schicksal einer Nürnberger Arzt-
familie komprimiert in der Aussage ei-
nes Zeugen im Wiedergutmachungsver-
fahren 1954: „Die Wohnung der Familie
Dr. Weinstock bot ein Bild des Grauens.
Im Wohnzimmer lagen die Scherben so
hoch, daß man kaum zu gehen vermoch-
te. Die Wohnzimmere möbel, schwer und
wuchtig, waren vollständig zertrümmert,
die Türen des Büffets zum Beispiel mit
dem Beil aufgeschlagen und sämtliches
Porzellan, sämtliche Gläser herausge-
worfen. Der Flügel war so zerstört, wie
man es sich kaum vorstellen kann. Mut-
willig waren mit dem Beil die einzelnen
Tasten der Klaviatur herausgeschlagen.“

„Die Leute, die ich in der Wohnung
antraf, nämlich Herrn Dr. Albert Wein-
stock, seine Ehefrau Dora und die bei-
den Söhne im Alter von etwa 12 und 14
Jahren waren ein Bild des Jammers. Die
Jungens waren vollständig verstört. Die

SA-Rohlinge hatten sie mit dem Gesicht zur Wand gestellt und mit der Pistole bedroht.

„Dr. Weinstock konnte es nicht überwinden, daß man ihn wie einen Verbrecher behandelte, einzig und allein seiner Abstammung wegen. Er nahm sich das Leben.“

Die Geschehnisse in der hessischen Kleinstadt Büdingen unterschieden sich weder dem Grad der Rohheit nach, der dabei zum Ausdruck kam, noch in der Anteilnahme der Bevölkerung von den Exzessen im übrigen Deutschen Reich: „Zunächst wurden zahlreiche jüdische Einwohner von Büdingen aus ihren Wohnungen geholt und in das Amtsgerichtsgefängnis gebracht. Am frühen Nachmittag rottete sich eine größere Menschenmenge zusammen, die durch die Straßen der Stadt zog und Gewalttätigkeiten beging.“

„Während zahllose Neugierige von der Straße aus zusahen, drangen einzelne Haufen, zumeist aus Jugendlichen und Schulkindern bestehend, in die jüdischen Wohnungen ein, zertrümmerten die Möbel und andere Einrichtungsgegenstände, zerschlugen Fensterscheiben und Geschirr, schützten die Betten auf und warfen Möbelstücke, Wäsche und andere Dinge auf die Straße.“

Solchen Tatbestand – juristisch klassifizierbar als Aufruhr und Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung und Nötigung – rekonstruierte die Erste Strafkammer des Landesgerichts Gießen Anfang 1949. Einer der Angeklagten, der Metzgergeselle L., war zur Tatzeit 18 Jahre alt. Er gehörte weder der Hitlerjugend noch der NSDAP an, an seiner Arbeitsstelle galt er als fleißig und tüchtig. Den folgenden Sachverhalt bestätigten nicht nur mehrere glaubwürdige Zeugen, sondern auch der Angeklagte selbst:

„Am 10. November 1938 verließ L. nachmittags nach Beendigung seiner Arbeit den Schlachthof und ging zur Schloßgasse, weil er auf dem Heimweg viele Menschen in dieser Richtung hatte laufen sehen. Er schloß sich ihnen an und kam zum Hause Hirschmann, wo das Zerstörungswerk schon fast zu Ende war.“

„Als hier die annähernd 60jährige Frau Hirschmann, die mit ihrem gelähmten Mann in der Küche saß, von zwei jungen Burschen die Treppe hinuntergestoßen wurde, folgte L. ihnen, faßte Frau Hirschmann auf der Straße plötzlich und trieb sie etwa 300 Meter die Schloßgasse entlang durch die Menge. Er hatte sie dabei an den Kleidern gepackt, schlug auf sie ein und trat sie mit seinen Metzgerstiefeln, wohin er sie gerade traf.“

Unnötig zu sagen, daß das Opfer dem Täter, der zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, nie etwas zuleide getan hatte.

In Erfurt lebten zur Zeit der nationalsozialistischen Machtübernahme etwa 830

Juden. In der Pogromnacht wurden alle Männer zwischen 18 und 80 abgeholt, unter ihnen der Rechtsanwalt und Notar Dr. Harry Stern, Präsident der örtlichen B'nai B'rith Loge. An der brennenden Synagoge vorbei wurde Dr. Stern in eine Turnhalle gebracht.

„Dort herrschte ein schrecklicher Lärm durch die teilweise offensichtlich betrunkenen Angehörigen der Polizei, SS und SA, teilweise auch von Leuten in Zivil“, beschrieb Stern diesen Tag später. „An einem Tisch wurden meine Personalien festgestellt, dann wurde ich von zwei Männern ergriffen und in einen Waschraum geführt. Hier standen zwei SA-Männer mit Knüppeln, die uns offenbar verhauen sollten. Einer erhob den Knüttel und berührte mich damit. Der andere sagte: ‚Schrei, was du kannst‘, was ich tat. Sie wollten offensichtlich ihren Befehl zum Schlagen umgehen.“

„Dann wurde ich aus der Waschzelle herausgestoßen und von anderen SS-Männern ergriffen, mit dem Gesicht zur Wand gestellt; ich fand dabei eine größere Anzahl von anderen Juden vor. Wir mußten in Kniebeuge stehen, was die größte Qual war, die ich je erlebt habe. Einige der Nazis nahmen sich besonders Juden vor, die sie persönlich kannten, um an ihnen ihre Wut auszulassen. Der getaufte Rechtsanwalt Flesch wurde besonders durch einen SA-Mann gequält und beleidigt, gegen den er in einem Ehescheidungsprozeß vor Gericht vertreten hatte.“

„Eine Anzahl von Juden – ohne Rücksicht auf Alter und Körperbeschaffenheit – mußte die in der Turnhalle angebrachten Leitern hinaufklettern. Unten standen Nazis mit Reitpeitschen, sie schlugen solange zu, wie die Menschen auf den Leitern in Reichweite waren. Wir mußten antreten und nach den



Judenverfolger Hitler am 9. November 1938*: Vernichtung als Ziel

* Bei einer NS-Gedenkfeier auf dem Königsplatz in München; im Vordergrund in der ersten Reihe Feldmarschall Göring, Admiral Raeder, Chefideologe Rosenberg.



Häftlinge, Bewacher im KZ Sachsenhausen: „Fortgetrieben in die Dunkelheit“

Klängen des Horst-Wessel-Liedes herummarschieren. Dann wurde kommandiert, „Juda verreckel!“ zu schreien, was wir tun *mußten*. Danach wurden wir in Omnibusse verladen und nach Buchenwald gebracht, wo wir beim Morgenrauen eintrafen.“

Was nach dem Schrecken dieser Nacht die Einlieferung in eines der drei Konzentrationslager – Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen – bedeutete, ist kaum darstellbar. Die reinen Fakten, daß es ungefähr 30 000 Männer waren, die im ganzen Deutschen Reich verhaftet wurden, daß die Aktion auf einige Wochen begrenzt war, daß sie der Einschüchterung und der Pression zur Auswanderung, aber (noch) nicht der Vernichtung der Opfer diente – diese Feststellungen wiegen wenig gegenüber der Katastrophe, die die Einlieferung ins KZ für die bürgerliche Existenz, für die Zerstörung der bisherigen Lebensform und im Bewußtsein der Opfer bedeutete, „wie groß die Schmach war, die unter dem Begriff des Konzentrationslagers wie eine Geißel das tägliche Leben knechtete und bedrohte“.

Erich Guttman, Sohn eines Rabbiners, kam in der Pogromnacht ins KZ Sachsenhausen. Nach den Prügeln und Quälereien beim Empfang warteten Tausende auf das Weitere: „Die Stunden verrinnen, und zum Martyrium der Seele gesellt sich die kaltfeuchte Luft einer Novembernacht. Hier und da fällt Regen, aber wir spüren ihn kaum noch.

Acht Stunden stehen wir schon so da, den Blick unentwegt gegen die Mauer gerichtet. Barhäuptig und ohne Mantel.

„In einigen Abständen werden immer etwa hundert Menschen fortgetrieben in die Dunkelheit hinein, und als sie wieder vorüber kommen, marschieren sie in Reih und Glied, stumm angetan mit Sträflingskleidern, wie es scheint, oder mit alten zerlumpten Militärröcken. Das Haar ist vom Schädel geschoren, die Bärte sind abrasiert. Sie wurden unkenntlich und waren zunächst kaum anders voneinander zu unterscheiden als durch eine Nummer, die auf Rock und Hose aufgestempelt war, dazu ein Davidstern in grellen roten und gelben Farben.“

Einer der etwa 600 Hamburger Juden, die im November 1938 verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht wurden, notierte: „Wir kamen zunächst in das Zuchthaus Fuhlsbüttel in einen dunklen Raum in einer Anzahl, die das Fassungsvermögen etwa um das Fünffache überstieg, verblieben dort ohne Nahrung den ganzen Tag und wurden dann im offenen Waggon in einer Nachtfahrt nach Sachsenhausen befördert, wo wir nachts um 2 Uhr ankamen. Unterwegs erlebte ein Bremer junger 17-jähriger Mann einen Nervenzusammenbruch, weil er mit hatte ansehen müssen, wie SS-Leute seine Mutter, die aus Schmerz über seine Fortführung schrie, erschossen und dann liegen ließen.“

„Bei unserer Ankunft in Sachsenhausen empfing uns eine große Anzahl SS-Leute und begann sofort mit derartigen Mißhandlungen durch Treten und Schlagen mit Gewehrkolben und Knüppeln, daß der uns begleitende Schupo fassungslos dabeistand und beschleunigt sich entfernte. Die körperliche Anstrengung und das unausgesetzte Schlagen und Stoßen durch die SS war derart, daß zwei von unserer Gruppe auf dem 15 Minuten langen Marsche tot liegen blieben.

„Dann begann das Furchtbarste, was in der Wirkung vor allem auf mich alle körperlichen Mißhandlungen als gering erscheinen ließ – wir mußten 19 Stunden lang im Lager stehen (bei einzelnen dehnte sich diese Zeit bis zu 25 Stunden aus), und während dieser Zeit, falls der eine oder andere zusammenbrach, Fußtritte und Schläge mit Gewehrkolben in Empfang nehmen. Als erstes ertönte dann der Ruf nach dem Rabbiner, der am Bart gezerrt und mißhandelt wurde – ihm wurde dann ein Schild in die Hand gegeben mit der Aufschrift: ‚Ich bin ein Landesverräter und mitschuldig am Tode vom Raths.‘ Dieses Schild mußte er mit gestrecktem Arm zwölf Stunden umhertragen.“

★

Detailliert waren die Regieanweisungen für die Berichterstattung nach der schrecklichen Nacht. Mit einer Meldung des Deutschen Nachrichten Büros wurde die amtliche Version verbreitet. Sie lautete: „DNB Berlin, 10. November. Nach



Boykott in Hamburg
Niedrige Instinkte ...

Bekanntwerden des Ablebens des durch feige jüdische Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten Parteigenossen vom Rath haben sich im ganzen Reich spontane judenfeindliche Kundgebungen entwickelt. Die tiefe Empörung des deutschen Volkes machte sich auch vielfach in starken antijüdischen Aktionen Luft.

Dazu lieferte das Propagandaministerium in der Pressekonferenz am 10. November Sprachregelung und Direktiven zur Placierung und Aufmachung der Nachricht für den 11. November: Das wurde landauf, landab getreulich befolgt, und so las man beispielsweise im „Göttinger Tageblatt“:

„Zu stark traf uns der Schlag des internationalen Judentums, als daß wir darauf mit Worten allein hätten reagieren können. Wir haben gesehen, daß der gelbe Tempel des rachsüchtigen Judengottes in der Oberen Maschstraße in Flammen aufgegangen ist und daß die Fensterscheiben einiger noch in jüdischen Händen befindlicher Geschäfte gestern Morgen nicht mehr vorhanden waren. Die Sicherheitsbehörden haben dafür gesorgt, daß es bei diesen Demonstrationen des Volkszorns blieb.“

Über den „Volkszorn“ in Hechingen berichteten die „Hohenzollerischen Blätter“: „Das Bekanntwerden des Ablebens des durch feige jüdische Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten, Parteigenossen vom Rath, hat, wie im ganzen Reich, so auch in unserer Stadt tiefste Empörung und gerechten Zorn des Volkes ausgelöst. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag sammelten sich in der Goldschmiedestraße vor der Synagoge empörte Volksgenossen, binnen kürzester Zeit

waren die Türen erbrochen und die gesamten Einrichtungsgegenstände zerstört. In ihrem kaum zu überbietenden Zorn machten die Volksgenossen derart „ganze Arbeit“.“

Über die „gewaltige Empörung gegen das Judentum in München“ berichtete der „Münchner Beobachter“, das lokale Beiblatt des „Völkischen Beobachters“, auf Seite 13: „Eine ausgebrannte Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße, eingeworfene Schaufenster in zahlreichen jüdischen Geschäften der Neuhauser, Wein- und Theatinerstraße, im Tal, Rosenthal, am Stachus und Lenbachplatz – um nur einige zu nennen – sowie eine größere Zahl von in Schutzhaft genommenen Juden sind zunächst nur ein kleiner Denkmäler, durch den sich die geradezu bewundernswerte Langmut des deutschen Volkes einmal Luft gemacht hat.“

In der Norddeutschen Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ konnte man die amtliche Version dessen, was in der Reichshauptstadt Berlin geschehen war, nachlesen: „Im ganzen Berliner Westen, wie überall auch sonst, wo die Juden sich noch in der Reichshauptstadt breitmachten, ist kein Schaufenster eines jüdischen Geschäftes heilgeblieben. Zorn und Wut der Berliner, die trotz allem größte Disziplin bewahrten, hielten sich doch in bestimmten Grenzen, so daß Ausschreitungen vermieden und keinem einzigen Juden auch nur ein Haar gekrümmt wurde. Die in den zum Teil allzu prächtig ausgestatteten Fenstern feilgebotenen Waren blieben unberührt, höchstens daß hier und da der eine oder andere Gegenstand durch einen Steinwurf oder eine

herabfallende Scherbe beschädigt wurde. Die drei Berliner Synagogen sind in Brand geraten.“

★

Gegenüber den Beteuerungen, wie spontan der Volkszorn gewesen, wie diszipliniert sich die Erzürrten verhalten hätten, daß nichts geplündert, daß den Juden ja kaum ein Haar gekrümmt worden sei, steht die Bilanz, die die Exponenten des NS-Regimes unter dem Vorsitz von Reichsluftfahrtminister Hermann Göring, dem Beauftragten für den Vierjahresplan, am 12. November 1938 aufmachten.

Heydrich, der Gestapo-Chef, trug bei der Sitzung, an der Vertreter aller Reichsministerien und anderer Stellen teilnahmen und bei der das weitere Vorgehen gegen die Juden besprochen wurde, Zahlen vor: 7500 zerstörte Geschäfte mit einem vorläufig geschätzten Gesamtschaden an Sachen, Inventar und Waren von mehreren hundert Millionen Reichsmark.

Ein Versicherungsexperte berichtete dann über den Schaden, der durch Diebstahl und Plünderung entstanden war; er illustrierte den Sachverhalt am Beispiel des Juweliergeschäfts Margraf, Unter den Linden in Berlin, das vollkommen ausgeplündert worden war und einen Schaden in Höhe von 1,7 Millionen Mark bei der Versicherungsgesellschaft geltend machte.

Göring befahl Riesenrazzien, um die Juwelen wieder herbeizuschaffen. Kurt Daluge, SS-Obergruppenführer und Chef der Ordnungspolizei, sagte, das sei schon angeordnet, und 150 Verhaftete gebe es auch schon. Heydrich fügte hinzu, im ganzen Reich sei in rund 800 Fällen geplündert worden, mehrere hundert Plünderer seien aber bereits verhaftet.

Angeichts der Größenordnung des Sachschadens entfuhr Göring die Bemerkung, ihm wäre es lieber gewesen, man hätte 200 Juden erschlagen, anstatt solche Werte zu vernichten. Heydrich warf ein, es habe 35 Tote bei der Aktion gegeben – das war aber nur ein geringer Teil der tatsächlichen Todesopfer des Pogroms, zu denen die Selbstmorde und die an den Folgen der Mißhandlung später Gestorbenen ja auch gerechnet werden müssen.

Das Ende der amtlich inszenierten Demonstration der Volkswut gegen die Juden wurde schon



... der biedereren Bürger: Aussperrung in Brandenburg



Verwüstete jüdische Wohnung in Wien: Zerstörungsranch und Mordlust

am 10. November dekretiert, und zwar durch Goebbels auf der ersten Seite des „Völkischen Beobachters“: „Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung beziehungsweise der Verordnung dem Judentum erteilt werden.“

So wenig aber der Pogrom eine spontane Aktion der Bevölkerung gewesen war, so schlecht ließ er sich jetzt beenden. Die Geister, die er gerufen hatte, wurde Goebbels so schnell nicht los. Die Ausschreitungen gingen an einzelnen Orten bis zum 13. November weiter. Der Organisator des Pogroms mußte sich nicht nur von Göring rüffeln lassen, auch das Oberste Parteigericht der NSDAP übte im Februar 1939 Kritik an der Art der Goebbels-Inszenierung.

Das NSDAP-Gericht befaßte sich mit den Ereignissen des November 1938 weniger deshalb, um Ausschreitungen zu ahnden, als um die Morde, Plünderungen und Vergewaltigungen, die Parteigenossen verübt hatten, der öffentlichen Gerichtsbarkeit zu entziehen. Das Parteigericht empfahl Hitler, in den meisten Fällen die Verfahren vor den ordentlichen Gerichten niederzuschlagen, und zwar mit der Begründung, es habe sich „um Tötungen auf Befehl, aufgrund unklaren oder vermeintlichen Befehls, ohne Befehl aus Haß gegen die Juden und aus der Auffassung heraus, daß nach dem Willen der Führung Rache genom-

men werden sollte für den Tod des Pg. vom Rath, oder um Tötungen aufgrund plötzlich aus der Situation heraus in der Erregung gefaßten Entschlusses“ gehandelt.

Aus diesem Anlaß hatte sich das NSDAP-Gericht gründlich mit dem Problem der Gesamtverantwortung für die Exzesse beschäftigt und war zu dem Schluß gekommen, daß die verschleierte Befehlsgebung durch Goebbels unzeitgemäß gewesen sei:

Eine andere Frage ist die, ob der absichtlich unklar, in der Erwartung gegebene Befehl, der Befehlsempfänger werde den Willen des Befehlsgebers erkennen und danach handeln, nicht im Interesse der Disziplin der Vergangenheit angehören muß. In der Kampfzeit mochte er in einzelnen Fällen notwendig sein, um einen politischen Erfolg herbeizuführen, ohne dem Staat die Möglichkeit zu geben, die Urhebererschaft der Partei nachzuweisen.

Dieser Gesichtspunkt fällt heute weg. Auch die Öffentlichkeit weiß bis auf den letzten Mann, daß politische Aktionen wie die des 9. November von der Partei organisiert und durchgeführt sind, ob dies zugegeben wird oder nicht. Wenn in einer Nacht sämtliche Synagogen abrennen, so muß das irgendwie organisiert sein und kann nur organisiert sein von der Partei.

★

Von Amts wegen waren im ganzen Deutschen Reich viele Personen verpflichtet, höheren Stellen über die Ereignisse im November 1938 zu berichten: Polizisten, Bürgermeister, Landräte, Re-

gierungspräsidenten auf der staatlichen Seite ebenso wie die Funktionäre der NSDAP und ihrer Gliederungen. Von den leitenden Parteimitgliedern waren kritische Töne selbstredend nicht zu erwarten, allenfalls kam indirekt zum Ausdruck, daß der Pogrom nicht von der Begeisterung der ganzen Bevölkerung getragen war. Aus dem oberbayerischen Landkreis Traunstein wurde beispielsweise berichtet:

„Die Stimmung ist angesichts der friedlichen Angliederung des Sudetenlandes an das Reich gut und konnte auch durch die Aktion gegen die Juden im wesentlichen nicht getrübt werden. Die Bauern und Bürger, allen voran die Schwarzen, mitunter sogar ein Pg., geißelten die Gewaltanwendung gegenüber dem ‚auserwählten Volke‘. Das habe mit Kultur und Anstand nichts mehr zu tun. Es fehlte aber auch nicht an Verteidigern, welche diesen neunmalklugen Kritikern die Leviten lasen.“

Die Kreispropagandaleitung der NSDAP in Eichstätt behauptete, bei der „Judenaktion“ sei „das Volk restlos in der Hand der Partei“ gewesen, einmütig habe die Bevölkerung den „Angriff“ gutgeheißen.

In den Monatsberichten der Gendarmeriestation im oberfränkischen Landkreis Ebermannstadt war die Stimmung in der Bevölkerung jedoch als zwiespältig beschrieben. Eine andere Gendarmestation meldete:

„Bezüglich der jüngst erfolgten Aktion gegen die Juden ist die Bevölkerung zweierlei Meinung. Der eine Teil der Bevölkerung vertritt den Standpunkt, daß bewußte Aktionen mit den damit zusammenhängenden Verhaftungen und Zerstörungen noch viel zu mild ausgefallen seien. Der andere Bevölkerungsteil aber, und das ist der weitaus größte, ist der Anschauung, daß diese Zerstörungen nicht am Platze gewesen seien.“

In einem Bericht an die Sozialdemokratische Exilführung in Paris heißt es: „Der Protest der Berliner Bevölkerung gegen die Beraubungen und Brandstiftungen, gegen die Missetaten an jüdischen Männern, Frauen und Kindern jeden Alters war deutlich. Er reichte vom verächtlichen Blick und der angewiderten Gebärde bis zum offenen Wort des Ekels und drastischer Beschimpfung.“

Wenn die große Mehrheit der Bevölkerung mit den Formen des Pogroms nichts zu tun haben wollte, so bedeutete das freilich auch nicht, daß sie die Entrechtung und Verdrängung der jüdischen Mitbürger aus der Wirtschaft und

Gesellschaft des Deutschen Reiches grundsätzlich mißbilligt hätte. Eine Lösung der sogenannten Judenfrage wollten sehr viele schon, aber sie sollte weniger brutal und ohne großes Aufsehen zu erregen vonstatten gehen.

Die Maske, die das offizielle Deutschland noch zwei Jahre zuvor anlässlich der Olympiade in Garmisch-Partenkirchen und Berlin getragen hatte, war gefallen. 1936 waren die antisemitischen Parolen und Boykottaufrufen aus dem öffentlichen Erscheinungsbild entfernt worden, um den positiven Eindruck nicht zu gefährden, den die ausländischen Gäste vom nationalsozialistischen Deutschland haben sollten.

gen über 5000 Reichsmark verordnet worden, von Juni an mußten jüdische Wirtschaftsbetriebe gekennzeichnet sein, um deren „Arisierung“ einzuleiten. Den Berufsverboten für jüdische Ärzte (im Juli) und Rechtsanwälte (im September) und dem Zwang zur Annahme jüdischer Vornamen im August folgte die Kennzeichnung der Reisepässe Anfang Oktober 1938. Aus dem öffentlichen Dienst und aus einer Reihe von Branchen der Wirtschaft (etwa Immobilienhandel und -verwaltung), in denen sich Juden traditionell stärker betätigt hatten, waren sie entfernt.

Am 12. November, als die Bilanz des Pogroms gezogen wurde und Göring

ger für den Vierjahresplan trug in der Sitzung vom 12. November den Sieg über den Reichspropagandaminister Goebbels davon, der die Kassen der Partei mit Geld der Juden füllen wollte.

Einig waren sich die im Reichsluftfahrtministerium versammelten Minister und Beamten, daß die Juden nicht nur für die Schäden haften sollten, die beim Pogrom angerichtet wurden – wobei durch die Beschlagnahme der Versicherungssummen sichergestellt war, daß sie auch tatsächlich geschädigt waren –, sondern daß den deutschen Juden darüber hinaus eine „Buße“ auferlegt wurde, über deren Höhe nicht lange diskutiert wurde: Eine Milliarde Reichsmark wurde beschlossen,

tatsächlich waren es schließlich, als das Reichsfinanzministerium für die „Sühneleistung“ den Steuersatz auf 25 Prozent des angemeldeten Vermögens festsetzte, 1,12 Milliarden.

Die „Arisierung“ erst aller jüdischer Einzelhandelsgeschäfte, dann der Fabriken und Beteiligungen wurde an diesem 12. November beschlossen, ehe die Herren über Maßnahmen berieten, wie die Juden endgültig aus der deutschen Gesellschaft ausgegrenzt und isoliert werden sollten.

Die Ideen reichten vom Verbot des Betretens deutschen Waldes, über die Beseitigung aller Synagogen zugunsten von Parkplätzen, über Vorschriften zum Benutzen der Eisenbahn bis zum Judenbann in Anlagen und zur Kennzeichnung der Juden

durch eine bestimmte Tracht wie im Mittelalter (Göring hielt Uniform für zweckmäßig) oder durch ein Abzeichen.

Die meisten dieser Vorschläge wurden in der Folgezeit realisiert, als, unmittelbar nach dem Pogrom, die vollständige Entrechtung der Juden durch einen Katarakt von Anordnungen und Erlassen, Befehlen und Verboten eingeleitet wurde. Die physische Vernichtung bildete dann nur noch die letzte Station des Weges, der im November 1938 bewußt und öffentlich eingeschlagen war.

Im nächsten Heft

Die „Entjudung“ der deutschen Wirtschaft – Berufsverbote, Vermögensplünderung, Zwangsarisierung – NS-Streit um die „Rüstungsjuden“



Geplünderte jüdische Geschäfte in Berlin (Friedrichstraße): Aggressionen und Vandalismus

Im Herbst 1938, unmittelbar nach dem außenpolitischen Erfolg des „Münchener Abkommens“, das die Zerschlagung der Tschechoslowakei einleitete, ein halbes Jahr nach dem „Anschluß Österreichs“, der ohne Protest der Großmächte erfolgt war – in dieser Situation brauchte man keine Rücksicht mehr nehmen und konnte die Tat des Herschel Grünsplan zum Anlaß eines inszenierten Pogroms machen. Der Termin lag wie bestellt, und nicht wenige glaubten deshalb, auch der Anlaß, das Attentat in Paris, sei inszeniert.

Das Grünsplan-Attentat mußte von den Nationalsozialisten geradezu als Geschenk des Schicksals empfunden werden, denn die Vorbereitungen für die endgültige Ausschaltung der Juden waren gerade beendet. Im April 1938 war die Anmeldepflicht für jüdische Vermö-

Goebbels die wirtschaftlichen Schäden und die beim Pogrom zerstörten Werte vorhielt, wurde der weitere Kurs der nationalsozialistischen Politik gegenüber den Juden festgelegt. Goebbels durfte in den folgenden Tagen und Wochen propagandistisch vorbereiten, was als Vollstreckung des Volkswillens deklariert wurde, nämlich zuerst die Enteignung, dann die Gettoisierung und schließlich die Deportation und Vernichtung der deutschen Juden, die nicht das Glück hatten, dem deutschen Herrschaftsreich noch zu entkommen.

Die Enteignung der Juden war am 10. November schon beschlossene Sache, die vollständige „Arisierung“ der deutschen Wirtschaft von Hitler entschieden. Umstritten war vor allem noch, wer den Gewinn einstreichen sollte, der Staat oder die NSDAP. Göring als Beauftra-